



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Nur per E-Mail

Oberste Bundesbehörden

Corinna Westermann
Abteilungsleiterin II

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
TEL +49 (0) 30 18 682-1583
FAX +49 (0) 30 18 682-3489
E-MAIL poststelle@bmf.bund.de
DATUM 20. Dezember 2019

BETREFF **Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2021 und des neuen Finanzplans 2020 bis 2024**

ANLAGEN 14 Anlagen (Anlagen 1 und 2, Anhänge 1 bis 12)

GZ **II A 1 - H 1105/19/10002 :001**

DOK **2019/1001626**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Das regierungsinterne Verfahren für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2021 und des Finanzplans des Bundes 2020 bis 2024 sowie des Wirtschafts- und Finanzplans des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ wird wie in den Vorjahren als Eckwerteverfahren durchgeführt. Vom Eckwerteverfahren ausgenommen sind die Einzelpläne der in § 28 BHO genannten Institutionen (Einzelpläne 01, 02, 03, 19, 20 und 21).

Der **aktuelle Ablaufplan** für das regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren - der unter dem Vorbehalt möglicher Änderungen steht - ist der **Anlage 1** zu entnehmen.

Bei der Vorbereitung und der Erstellung der Haushaltsvoranschläge auf Basis der Eckwerte sowie im weiteren Aufstellungsverfahren bitte ich um Beachtung der **Verfahrenshinweise** nach der **Anlage 2**.

Unmittelbar nach der Eckwerte-Kabinettsitzung werden mit einem weiteren Rundschreiben der Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten sowie ergänzende Verfahrensregelungen bekannt gegeben werden.

Seite 2 Ihre Haushaltsreferate erhalten dieses Rundschreiben in elektronischer Form unmittelbar per E-Mail. Ferner wird das Rundschreiben im Intranet des Bundes unter

<https://bmfiportal.ziviv.iv.bfinv.de> - Haushaltsaufstellung - Bundeshaushalt 2021

veröffentlicht.

Im Auftrag



Corinna Westermann

**Vorläufiger Terminplan
für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2021 und des Finanzplans bis 2024**

	<u>2020</u>
St-Klausur	Ende Januar/Anfang Februar
Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch BMF	bis Ende Februar
Zuleitung Kabinettvorlage an Kabinett	bis 6. März
Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss	11. März
Steuerschätzung	11. bis 13. Mai
Abschluss Haushaltsgespräche Ressorts/BMF	bis 3. Juni
Zuleitung an Kabinett	bis 12. Juni
Kabinettsitzung für Regierungsentwurf des BHH 2021 und Fpl. 2020 bis 2024	17. Juni

Verfahrenshinweise
für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2021 und des Finanzplans bis 2024
Inhaltsübersicht

1.	Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes.....	3
2.	Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen.....	3
3.	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben.....	3
4.	Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung.....	4
5.	Verpflichtungsermächtigungen	5
6.	Flexibilisierte Ausgaben	6
7.	Personalausgaben (einschließlich Versorgungsbereich)	7
8.	Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen.....	8
9.	Ausgaben für die Informationstechnik	8
10.	Aufgabenverlagerungen im Rahmen der IT-Konsolidierung Bund	9
11.	Selbstbewirtschaftungsmittel.....	10
12.	Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -	10
13.	Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8.....	11
14.	Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel.....	12
15.	ODA-Ausgaben	12
16.	Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM).....	13
17.	Dokumentation der Sonderabgaben.....	13
18.	Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren	13
19.	Dokumentation der EU-Einnahmen und der korrespondierenden Ausgaben für das parlamentarische Verfahren.....	13
20.	Berichterstattung über nationale Förderprogramme im Bereich Klima/Energie.....	13
21.	Wirkungsorientierung.....	14
22.	Personalhaushalt	14
23.	Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen.....	15
24.	Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“ und „Digitale Infrastruktur“	16
25.	Darstellung der EU-Mittel	16

26.	Haushalterische Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen.....	16
27.	Wertgrenze Baumaßnahmen.....	16
28.	Technische Hinweise.....	17

Hinweis:

*Word/Excel Dateien der zu den einzelnen Ziffern nachfolgend genannten
(Formblatt-)Muster können im Haushaltsportal des BMF (Abt. II) herunter geladen werden
(<https://bmfiportal.ziviv.bfinv.de> - Haushaltsaufstellung - Bundeshaushalt 2021).*

1. Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes

Die nach dem Eckwertebeschluss vorzulegenden Haushaltsvoranschläge sind auf Grundlage der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB) 2020 zu gestalten (veröffentlicht mit Rundschreiben vom 29. April 2019 - II A 1 - H 1105/11/10001 :003, DOK 2019/0092803). Diese Regelung gilt bis zum Inkrafttreten neuer HRB. Dazu gilt folgende Abweichung:

- Abweichend von Nr. 9.8.6 HRB ist **auf Anforderung der im BMF zuständigen Fachreferate** in den Voranschlägen ohne Änderung der Spaltenbezeichnung die Ist-Besetzung mit Stand 1. Februar 2020 einzutragen.
- Gemäß Rundschreiben vom 20. Juni 2019 - II A 3 - H 1104/13/10003 zur Haushaltssystematik des Bundes (VV-HS) sind mit dieser Haushaltsaufstellung der neue Gruppierungsplan und der neue Funktionenplan umzusetzen.

2. Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen

BMF überprüft die Voranschläge hinsichtlich der vollständigen Umsetzung der Eckwerte, der Etatreife, der sach- und bedarfsgerechten Titelveranschlagung, der Berücksichtigung verfügbarer Ausgabereste bei der Dotierung flexiblierter Ausgaben sowie hinsichtlich der Beachtung der einschlägigen haushaltsrechtlichen und -technischen Regelungen (wie die Ausbringung von Haushaltsvermerken und Verpflichtungsermächtigungen). Den Voranschlägen sind daher - neben den nachfolgend angeforderten bzw. nach den HRB vorzulegenden Unterlagen - alle für diese titelscharfen Einzelprüfungen notwendigen haushaltsbegründenden Unterlagen beizufügen.

3. Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben

Gemäß §§ 7 und 34 BHO sind sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch bei der Haushaltsführung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Für die **Einnahmen** bedeuten diese Grundsätze u. a., dass in allen Geschäftsbereichen alle möglichen Einnahmeverbesserungen auszuschöpfen und im Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen sind. Die Verwaltungseinnahmen sind nach dem voraussichtlichen kassenmäßigen Aufkommen zu veranschlagen. Bei der Ermittlung der Ansätze sind die Ist-Ergebnisse der Vorjahre zu berücksichtigen. Erwartete Einnahmen aus Erstattungen, die an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Bundes“ und „Versorgungsfonds des Bundes“ abzuführen sind, sind nicht zu veranschlagen (Einzelheiten siehe Ziffer 7.3).

Gebühren und Entgelte sind grundsätzlich kostendeckend festzusetzen; sie müssen in der Regel den personellen und sachlichen Aufwand decken. Nach § 9 des Bundesgebührengesetzes (BGebG) soll eine Gebühr die mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leis-

tung verbundenen Kosten aller an der Leistung Beteiligten decken. Tritt der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung ein in Geld berechenbarer wirtschaftlicher Wert oder wirtschaftlicher Nutzen für den von der Leistung Betroffenen hinzu, so kann dieser zusätzlich zu den Kosten angemessen berücksichtigt werden. Vergleichbare Regelungen sind in zahlreichen Fachgesetzen enthalten.

Ggf. erforderliche Rechtsgrundlagen sind zu schaffen (VV Nr. 3.1 zu § 34 BHO) bzw. zu aktualisieren. Die durch das Gesetz zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 18. Juli 2016 verlängerte allgemeine Übergangsfrist bis zum Erlass ressortspezifischer besonderer Gebührenverordnungen endet zum 1. Oktober 2021, so dass notwendige Aktualisierungen im Anwendungsbereich des BGebG spätestens bis zu diesem Zeitpunkt vorzunehmen sind. Mit der Allgemeinen Gebührenverordnung steht das rechtliche Instrumentarium zur Verfügung, die Gebührentatbestände schon vor Erlass der besonderen Gebührenverordnungen zu aktualisieren, insbesondere kostendeckende Gebühren zu bestimmen (vgl. Gesetzesbegründung Allgemeiner Teil).

Den haushaltsbegründenden Unterlagen ist eine aktuelle Übersicht über die Gebühreneinnahmen entsprechend dem Formblattmuster nach **Anhang 1** beizufügen.

Bei der Prüfung der Übersicht wird besonderes Augenmerk auf die Frage der Aktualität von Gebührenverordnungen und den Kostendeckungsgrad der Gebühren gerichtet.

Für die **Ausgaben** bedeutet der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, dass für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind. Damit BMF dies auch im Rahmen des Eckwerte-Haushaltsaufstellungsverfahrens stichprobenweise nachvollziehen und hinterfragen kann, sind den haushaltsbegründenden Unterlagen für finanzwirksame Maßnahmen von größerer Bedeutung, wie bisher, entsprechende Nachweise beizufügen.

4. Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung

In das Haushaltsgesetz 2021 (§§ 6, 10 Abs. 3 und 13) werden generelle Regelungen zu Deckungs- und Verstärkungsmöglichkeiten, zur Zweckbindung und zur Buchung von Rückzahlungen aufgenommen. Daher sind für diese Fälle zusätzliche Haushaltsvermerke nicht vorzusehen. Für die Ausbringung weitergehender Haushaltsvermerke ist ein strenger Maßstab anzulegen. Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung durch Haushaltsvermerk sind grundsätzlich nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

Zweckbindung

Eine Beschränkung bestimmter Einnahmen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke (Zweckbindung) durch Haushaltsvermerk ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass die Mittel von Dritten mit rechtsverbindlicher Verwendungsaufgabe zugewendet werden (insbesondere zweckgebundene Zuschüsse und Erstattungen der Europäischen Union sowie

zweckgebundene Mittel wie Spenden, Stiftungen, Erbschaften, Vermächtnisse, Aufträge von Dritten und Bundesbehörden). Die haushaltsrechtlichen Folgen einer Zweckbindung per Haushaltsvermerk (§ 19 Absatz 1 Satz 1 BHO - Übertragbarkeit) sind zu beachten. Ein zusätzlicher Übertragbarkeitsvermerk ist daher in diesen Fällen nicht auszubringen.

Verstärkung

Besteht die Möglichkeit, dass überplanmäßige Einnahmen eingeht, ist eine Heranziehung dieser Einnahmen für bestimmte Ausgabetitel durch Ausbringung eines Haushaltsvermerks unter der Voraussetzung zulässig, dass hierdurch eine sparsame und auf Wirtschaftlichkeit orientierte Mittelbewirtschaftung gefördert wird und Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen verstärkt werden.

In den Vorjahren ausgebrachte Zweckbindungs- und Verstärkungsvermerke sind dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen (noch) erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob jeweils die für den vorgesehenen Anwendungsfall korrekte Vermerksformulierung gewählt wurde (vgl. Formulierungen Regelfall/Ausnahmefall unter Nr. 5.5 HRB). Dabei ist zu beachten, dass veranschlagte Einnahmen wegen des Grundsatzes eines ausgeglichenen Haushalts nicht zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden können. Die Anwendung des Regelvermerks (Formulierung mit „Mehreinnahmen“) setzt sowohl bei Zweckbindungs- als auch Verstärkungsvermerken eine tatsächliche Mehreinnahme gegenüber dem entsprechenden Einnahmesoll voraus.

Rückerstattungen und Erstattungen/Beiträge Dritter (sog. Rotbuchungen)

Regelungen, wonach bei Titeln mit teilweise weit gefasster Zweckbestimmung lediglich undifferenzierte Haushaltsvermerke wie „Erstattungen fließen den Ausgaben zu.“ ausgebracht werden, sind nicht vorgesehen.

5. Verpflichtungsermächtigungen

Mit Blick auf die Entwicklung bei den Verpflichtungsermächtigungen wird die restriktive Vorgehensweise fortgesetzt. Insofern gelten die nachfolgenden Maßgaben auch für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2021.

Besonderes Augenmerk ist dabei auch auf die im HKR-Verfahren gebuchten Verpflichtungen zu richten. Sofern im Rechnungslegungsverfahren fehlerhaft gebuchte Verpflichtungen korrigiert worden sind, sind diese Korrekturen unbedingt auch bei den im HKR-Verfahren gebuchten Altverpflichtungen vorzunehmen, da die Haushaltsdatenbank allein auf diese Daten zugreift.

Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Angabe einer bestimmten Jahresfälligkeit nicht möglich ist (Fälligkeit „in künftigen Haushaltsjahren“), sind grundsätzlich als nicht etatreif anzusehen.

- 5.1. Bei Titeln, deren Ansätze durch die bis 31. Dezember 2019 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen und die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2020 in einem Fälligkeitsjahr zu 100 Prozent und mehr gebunden sind, werden grundsätzlich keine neuen Verpflichtungsermächtigungen für diese Fälligkeitsjahre im Regierungsentwurf 2021 ausgebracht.
- 5.2. Weiterhin soll die Vorbindung pro Titel durch die bis 31. Dezember 2019 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen, die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2020 und die neuen Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2021
- für das Fälligkeitsjahr 2022 maximal 80 Prozent,
 - für das Fälligkeitsjahr 2023 maximal 60 Prozent und
 - für das Fälligkeitsjahr 2024 maximal 40 Prozent
- des Titelsatzes grundsätzlich nicht überschreiten.

Die vorgenannte maximale Vorbindung pro Titel darf im Ausnahmefall überschritten werden. Eine solche Ausnahme wäre z. B. gegeben, wenn bei Berücksichtigung erwarteter Einnahmen der EU (insbesondere ESF), von Ländern oder Dritten diese Quote eingehalten würde. Auch eine Gesamtbetrachtung mehrerer Titel unter dem Aspekt einer Gesamtvorbindungsquote bei zwingendem sachlichen Zusammenhang ist denkbar. Ausnahmetatbestände sind jedoch stets mit BMF abzustimmen.

6. Flexibilisierte Ausgaben

Bei den flexibilisierten Ausgaben gemäß Haushaltsgesetz (§ 5) sind die nachfolgenden Maßgaben zu beachten. Trotz der Deckungsfähigkeiten ist auf die bedarfsgerechte Veranschlagung der Einzelansätze zu achten.

- 6.1. Obergrenze für die Ausgaben je Kapitel ist die Summe der im jeweiligen Kapitel in die Flexibilisierung einbezogenen Ansätze des geltenden Finanzplans. Diese ist ggf. zu bereinigen um
- Mittelumschichtungen zwischen Kapiteln bzw. Einzelplänen (z. B. infolge eines Aufgabenübergangs gemäß § 50 Absatz 1 BHO) sowie
 - Änderungen bei der Flexibilisierung im Haushalt 2020 (generell durch Anpassung des § 5 HG sowie im Einzelfall durch Haushaltsvermerk).
- 6.2. Die bedarfsgerechte Anpassung der Einzelansätze ist vorrangig durch Umschichtungen innerhalb der flexibilisierten Ausgaben zu gewährleisten und nicht durch eine Ausweitung der flexibilisierten Ansätze.

Im Rahmen der bedarfsgerechten Veranschlagung der Einzelansätze sind die sich aus dem Jahresabschluss 2019 ergebenden maximal übertragbaren Ausgaben zu bewerten und zu berücksichtigen. Hierzu ist der Bestand an übertragbaren Ausgaben im Zusammenhang mit den Voranschlägen für den Haushalt 2021 kritisch zu überprüfen und mit den geplanten

Neuetatisierungen der Einzelansätze abzugleichen. Auf Anforderung ist die geplante Verwendung dieser Mittel darzulegen.

7. Personalausgaben (einschließlich Versorgungsbereich)

- 7.1. Für den Mittelbedarf für die Besoldung und Vergütung der aktiven Beschäftigten ist zunächst das Ausgaben-Ist 2019 zugrunde zu legen. Sofern für Stellenplanveränderungen aus den Haushalten 2019 und 2020 Mehrbedarf angemeldet wird, ist dieser durch eine gesonderte Berechnung nachzuweisen. Es ist dabei darzustellen, warum eine Umschichtung innerhalb des Einzelplans nicht möglich ist.

Für die Zuführungen an die Versorgungsrücklage sind zunächst unverändert folgende Berechnungsfaktoren anzuwenden:

- Beamtinnen und Beamte: 0,020694923 sowie
- Soldatinnen und Soldaten 0,020023587.

- 7.2. Zur Herleitung der Ansätze zu den Versorgungsausgaben - einschließlich der zugrunde gelegten Entwicklung der Empfängerzahlen - sind das Muster nach **Anhang 2** zu verwenden und die dort gegebenen Hinweise zu beachten.
- 7.3. Einnahmen aus Erstattungen im Sinne des § 6 Absatz 4, Absatz 5 Satz 1, Absatz 6 Satz 1 sowie des § 16 Abs. 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes (VersRücklG), insbesondere Abfindungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und Versorgungszuschläge bei Beurlaubungen oder Abordnungen, sind entweder der „Versorgungsrücklage des Bundes“ oder - für Personenkreise im Sinne des § 14 Satz 1 VersRücklG - dem „Versorgungsfonds des Bundes“ zuzuweisen. Die Ausgaben hierfür sind nicht zu veranschlagen. Soweit die Zuweisungstitel (634 .3) in die Flexibilisierungsregelung nach § 5 HG einbezogen sind, fließen die Erstattungen den Ausgaben zu (§ 6 Absatz 2 HG). Bei Zuweisungstiteln, die nicht flexibilisiert sind, sind gegebenenfalls Haushaltsvermerke mit entsprechender Wirkung auszubringen.

Auf das gemeinsame BMI/BMF-Rundschreiben vom 13. Juni 2018

- D4-30301/12#7 // Z B 2 - P1609/15/10004 :002 - weise ich hin.

- 7.4. Die Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2019 (Übersichten zum Bundeshaushaltsplan, Teil V, Buchstabe F) wird zur gegebenen Zeit auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes vorbereitet und im Anschluss daran mit einem gesonderten Rundschreiben zur Abstimmung und Ergänzung übersandt.

8. Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen

Für die Veranschlagung zur Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) gelten die **Anhänge 3 und 4**. Die dort getroffenen Regelungen berücksichtigen die mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ angestrebten Zielwerte für die Beschaffung von Neufahrzeugen, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Die Erfüllung des gesetzten Zieles erfordert die Beschaffung und sukzessive Implementierung von Elektro- und Plug-In-Hybridfahrzeugen (e-DKfz) in den Fahrzeugflotten der Bundesressorts. Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden.

Die zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) der Generalzolldirektion stellt den Bedarfsträgern der Bundesressorts die in Anhang 4 beschriebenen DKfz abrufbereit mittels Rahmenverträgen im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ zur Verfügung

Bei der Darstellung der Veranschlagung der Ausgaben für DKfz und der Veräußerungserlöse im Haushaltsplan ist zu beachten, dass Mehreinnahmen aus der Veräußerung beim Einnahmetitel verbucht werden und danach eine Verstärkung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von DKfz gemäß § 6 Absatz 7 HG erfolgt. Die erwarteten Mehreinnahmen sind in den Standarderläuterungen zu Tit. 811 .1 (Nr. 12.2.1 HRB) einzutragen.

Ausgaben für Strom, der zur Verwendung als Treibstoff für Elektrofahrzeuge vorgesehen ist, sind bei einem Titel der Gruppe 514 „Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.“ zu veranschlagen.

Ausgaben für die Beschaffung von Geschäftszimmerausstattungen können bis zu den im **Anhang 5** ausgewiesenen Höchstbeträgen veranschlagt werden.

9. Ausgaben für die Informationstechnik

Die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für die Informationstechnik kommt nur in Betracht, wenn die Ressorts an der IT-Betriebskonsolidierung teilnehmen. Ausnahmen sind nur in begründeten Fällen möglich.

Außerdem ist Folgendes zu beachten:

Das IT-Rahmenkonzept des Bundes für das Haushaltsjahr 2021 ist das für alle Ressorts verbindliche Planungsinstrument für ressortübergreifende Vorhaben. In der Ressortplanung dürfen keine Haushaltsmittel für IT-Vorhaben vorgesehen werden, die inhaltlich bereits durch ressortübergreifende IT-Maßnahmen aus dem IT-Rahmenkonzept des Bundes abgedeckt sind. Für die Fortführung alternativer IT-Anwendungen dürfen Mittel nur veranschlagt werden, soweit dies wirtschaftlich ist.

Eine weitergehende Einbeziehung der Rahmenpläne des Bundes und der Ressorts in das Haushaltsaufstellungsverfahren kann erst nach Abschluss von Vorarbeiten (u. a. Fertigstellung des Konzepts zur sog. Nachfragemanagementorganisation) geprüft werden. Bis dahin bleibt es bei folgendem Verfahren:

Für alle neuen ressortspezifischen IT-Maßnahmen mit einem Ausgabebedarf von mehr als 500 T€ im Haushaltsjahr 2021 oder mit einem Gesamtvolumen von mehr als 3 Mio. € ist dem zuständigen Spiegelreferat im BMF - zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - eine Bestätigung des BMI (Arbeitsgruppe DG I 5 - Dienstekonsolidierung) bzw. der noch zu gründenden Nachfragemanagementorganisation vorzulegen, dass keine Überschneidungen mit ressortübergreifenden Maßnahmen vorliegen. Weitere Einzelheiten zum Verfahren werden mit gesondertem Schreiben mitgeteilt. Außerdem ist zu bestätigen, dass (im Ergebnis positive) Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemäß VV zu § 7 BHO erstellt wurden. BMF behält sich im Einzelfall vor, Unterlagen zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung anzufordern.

Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung, aus denen IT-Ausgaben von jährlich voraussichtlich mehr als 500 T€ finanziert werden sollen, ist - ebenefalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - dem zuständigen Spiegelreferat im BMF anzuzeigen, dass für alle vorgesehenen IT-Mittel Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt worden sind.

Für die ressortübergreifenden Vorhaben, die aus Kap. 0602 Tgr. 04 finanziert werden (Maßnahmen der Gemeinsamen IT des Bundes aus dem Rahmenkonzept 2021), ist der Anmeldung eine Übersicht gemäß **Anhang 12** beizufügen und per E-Mail an Referat II A 4 (IIA4@bmf.bund.de) zu senden. Die angegebenen Beträge müssen in der Gesamtsumme mit der Haushaltsanmeldung vereinbar sein.

Dem Bundesrechnungshof (BWV - Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung) ist rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu den haushaltsbegründenden Unterlagen zu geben.

10. Aufgabenverlagerungen im Rahmen der IT-Konsolidierung Bund

Sollen im Rahmen der IT-Konsolidierung Bund Aufgaben von Kundenbehörden auf IT-Dienstleister übertragen werden, sind die Haushaltsmittel und Stellen, die der Dienstleister bzw. die Kundenbehörde nach der Aufgabenverlagerung benötigt, grundsätzlich im Rahmen des regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens geltend zu machen. Dabei ist zu beachten, dass Mittel und Stellen für diese Zwecke nur neu bewilligt werden können, soweit aufgrund des Aufgabenwegfalls bei der Kundenbehörde entsprechende Mittel und Stellen in Abgang gestellt wurden. Durch die Aufgabenverlagerung darf insgesamt kein Mehrbedarf entstehen. Dies ist bei der Verhandlung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Dienstleister und der Kundenbehörde zu berücksichtigen. Die Verwaltungsvereinbarung ist als

haushaltsbegründende Unterlage vorzulegen.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den als **Anhang 6** beigelegten Leitlinien.

11. Selbstbewirtschaftungsmittel

Die Ausbringung von Selbstbewirtschaftungsvermerken kommt gemäß § 15 Abs. 2 BHO nur dann in Betracht, wenn hierdurch nachweislich eine sparsame Bewirtschaftung gefördert wird und dieses Ziel nicht auf andere Weise zu erreichen ist. Bei allen Titeln mit Selbstbewirtschaftungsvermerken ist zudem eine Standarderläuterung entsprechend Nr. 2.4 im Beispiel 23 zu Nr. 11.4 HRB auszubringen, aus der sich der Umfang der nicht verbrauchten Selbstbewirtschaftungsmittel zum Jahresabschluss 2019 ergibt.

12. Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -

- 12.1. Der Bund/Länder-Arbeitsausschuss „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ hat Empfehlungen zur haushaltsrechtlichen und haushaltssystematischen Behandlung von ÖPP-Projekten erarbeitet. Diese sind den Obersten Bundesbehörden mit BMF-Rundschreiben vom 2. November 2007 - II A 3 - H 1012-5/07/0003; DOK 2007/0498167 - übermittelt worden (im Haushaltsportal des BMF <https://bmfiportal.zivivt.iv.bfinv.de> - Allgemeine Rundschreiben, Vordrucke). Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wird für die Veranschlagung auf die im Gruppierungsplan abgebildeten Gruppen verwiesen.

Für die Veranschlagung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von ÖPP-Projekten im Einzelnen sind grundsätzlich die Empfehlungen des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ (insbesondere unter Ziffer 6.4.2) zu beachten. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Veranschlagung auf Basis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Ziffer 6.4.1.3.2 Buchstabe B der o. a. Empfehlungen) erfolgt und haushaltsrechtlich Vorsorge zu treffen ist.

- 12.2. Vor dem Hintergrund verstärkter Bemühungen um eine Prozessoptimierung im Bereich der Baumaßnahmen des Bundes folgen ein gesondertes Rundschreiben zum ELM sowie ein entsprechender Ablaufplan.
- 12.3. Im Rahmen der Ermittlung der wirtschaftlichsten Realisierungsvariante nach § 7 BHO ist die Beschaffungsvariante ÖPP obligatorisch zu berücksichtigen. Für diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchung über den gesamten Projektlebenszyklus und die erforderlichen weiteren Realisierungsschritte kann die Beratungskompetenz der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH („Partnerschaft Deutschland“) in Anspruch genommen werden. Sie kann als Inhouse-Gesellschaft ausschreibungsfrei in Anspruch genommen werden und bietet eine alle Reali-

sierungsformen umfassende Investitions- und Modernisierungsberatung sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen an, um staatliche Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen.

Bei der Beratung nimmt die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Variantenvergleichen, Eignungstests und Machbarkeitsuntersuchungen und die strategische und organisatorische Beratung für Investitionsvorhaben aller Art eine zentrale Bedeutung ein. In Zusammenarbeit mit ausgewählten technischen Rahmenvertragspartnern bietet der Auftragnehmer darüber hinaus Projektplanung, Projektmanagement und Projektsteuerung an. Eine Erstberatung von Investitionsvorhaben kann unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

Die Gesellschaft ist unter der Postanschrift:

Beratungsgesellschaft **PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH**
Friedrichstraße 149
10117 Berlin

sowie unter der Telefonnummer +49 (0)30 / 25 76 79 0

oder der Internetadresse www.pd-g.de zu erreichen.

- 12.4. Um die haushaltsmäßigen Auswirkungen über die langen Laufzeiten der Maßnahmen transparent zu machen, werden die unmittelbar über den Bundeshaushalt finanzierten ÖPP-Projekte des Bundes in der Übersicht Teil X zum Bundeshaushalt einzelplanbezogen dargestellt. Darüber hinaus werden die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Auftrag gegebenen ÖPP-Projekte des Bundes nachrichtlich in die Übersicht einbezogen. Die Angaben sind entsprechend dem Muster nach **Anhang 7** zu erfassen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

13. Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8

Sofern im Rahmen von Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 Ausgaben für Projektträgerleistungen (z. B. Beratung von Förderinteressenten, Bekanntmachung von Förderprogrammen, Vorbereitung von Förderentscheidungen, Bewirtschaftung von Bundesmitteln, Prüfung von Zwischen- und Verwendungsnachweisen) und Projektmanagement (z. B. wissenschaftliche Begutachtungen, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Veranstaltungen, Beantwortung von Anfragen) durch Dritte mitveranschlagt sind, ist für jeden dieser Titel zusammen mit dem Voranschlag eine Aufschlüsselung dieser Ausgaben vorzulegen und von den Ressorts auch den Berichterstatlern zum BE - Gespräch des jeweiligen Einzelplans zur Verfügung zu stellen.

In diesen Fällen sind die allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan wie folgt zu ergänzen:

„Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8:

Bei der Durchführung von Vorhaben und Programmen können Ausgaben für Projektträgerleistungen sowie für das Projektmanagement entstehen. Soweit dies der Fall ist, sind diese Ausgaben bei den jeweiligen Fachtiteln mitveranschlagt.“

Außerdem ist beim jeweiligen Ausgabetitel auf Erläuterungsebene mindestens der Hinweis aufzunehmen, dass Ausgaben für Projektträgerleistungen und/oder Projektmanagement aus dem Ansatz geleistet werden.

14. Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel

In bestimmten Förderbereichen werden Zinszuschüsse gewährt, d. h. Zinsausgaben des Fördernehmers für ein Darlehen werden anteilig finanziert. Die Auszahlung der Bundesmittel erfolgt dabei im Regelfall jeweils zu den konkreten Zinsterminen an die mit der bankenmäßigen Abwicklung des Förderprogramms beauftragte Bank (pro-rata-temporis). Sollen die Zinszuschüsse ausnahmsweise für eine Maßnahme in einer Summe kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Absatz 2 BHO) ausgezahlt werden (Barwert), ist bei den entsprechenden Titeln nachfolgender Haushaltsvermerk auszubringen:

„Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.“

15. ODA-Ausgaben

Den Ausgaben für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Ausgaben) kommt mit Blick auf die nationalen und internationalen entwicklungspolitischen Zielsetzungen besondere Bedeutung zu. Sie sind die bestimmende Bezugsgröße für die letztendlich vom OECD-DAC ermittelte deutsche ODA-Quote sowie für die jährlichen Prognosen. Vor diesem Hintergrund ist bereits bei der konzeptionellen Ausgestaltung entwicklungspolitischer Maßnahmen auf eine größtmögliche Anrechenbarkeit der Ausgaben auf die ODA-Quote zu achten. Zu den ODA-anrechenbaren Ausgaben gehören auch die im Zusammenhang mit Entwicklungsleistungen stehenden allgemeinen Verwaltungskosten, insbesondere Personalausgaben.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung werden wieder zwei Abfragen zu den auf die ODA-Quote anrechenbaren Ausgaben der Ressorts durchgeführt. Die erste Abfrage erfolgt im Anschluss an den Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf, die zweite Abfrage im Anschluss an die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Die beiden Abfragen erfolgen jeweils gesondert mit einem gemeinsamen Anforderungsschreiben von BMZ und BMF, das notwendige ergänzende Erfassungshinweise für die Kosten für Flüchtlinge im Inland enthält. Die Meldungen sind an das BMZ und an das zuständige BMF-Spiegelreferat sowie an das BMF-Referat II D 4 zu übersenden.

16. Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)

Vor dem Hintergrund verstärkter Bemühungen um eine Prozessoptimierung im Bereich der Baumaßnahmen des Bundes folgen ein gesondertes Rundschreiben zum ELM sowie ein entsprechender Ablaufplan.

17. Dokumentation der Sonderabgaben

Die Dokumentation der Sonderabgaben (Bundeshaushalt 2020, Übersicht VI) ist fortzuschreiben; neue Abgaben sind zu ergänzen. Im Übrigen wird auf **Anhang 9** verwiesen.

18. Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren

Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist in dem auf die Zuleitung des Regierungsentwurfs folgenden parlamentarischen Verfahren Gelegenheit zu geben, die Ausgaberesteentwicklung im flexibilisierten und im nicht flexibilisierten Bereich im Zusammenhang mit den jeweiligen Neubewilligungen zu bewerten. Ergänzend zur Darstellung der gebildeten Ausgabereste im Druckstück des Regierungsentwurfs sind den Berichterstattern rechtzeitig vor den Berichterstattegesprächen von den Ressorts ggf. geeignete Übersichten zu den wesentlichen Ausgaberesten (z. B. aktueller Restbestand/-abfluss, geplante Verwendung der Reste etc.) als Beratungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Welche (ergänzenden) Unterlagen von den Berichterstattern tatsächlich benötigt werden, sollte individuell nach den bisherigen Erfahrungen der Berichterstattegespräche bzw. durch Rücksprache mit den Berichterstattern ermittelt werden.

19. Dokumentation der EU-Einnahmen und der korrespondierenden Ausgaben für das parlamentarische Verfahren

Den Berichterstatterinnen und Berichterstattern ist eine Übersicht zu den EU-Einnahmen und den korrespondierenden Ausgaben zur Verfügung zu stellen. Die Informationen sollten gemäß dem Muster **Anhang 10** aufbereitet und unmittelbar den Berichterstatterinnen und Berichterstattern für den betreffenden Einzelplan vor den Berichterstattegesprächen übersandt werden.

20. Berichterstattung über nationale Förderprogramme im Bereich Klima/Energie

In Umsetzung der im Ergebnis der Spending Review zum Politikbereich Klima/Energie vom Kabinett bestätigten Handlungsempfehlungen werden seit dem Bundeshaushalt 2019 grundlegende Informationen zu den nationalen Förderprogrammen der Bundesregierung in den Bereichen Klimaschutz und Energiewende erhoben, die direkt oder indirekt zur Erreichung der nationalen CO₂ Minderungsziele beitragen (aktuell insbesondere alle Förderprogramme im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030). Die Abfrage dient dazu, mehr Transparenz hinsichtlich des Mitteleinsatzes herzustellen und die Voraussetzungen für eine Ressort übergreifende Abstimmung zu den einzelnen Maßnahmen zu verbessern. Zur Vereinheitlichung

der Berichterstattung bitte ich, das in **Anhang 11** beigegefügte Datenblatt zu verwenden und mit den haushaltsbegründenden Unterlagen einzureichen.

21. Wirkungsorientierung

Im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Wirkungsorientierung im Bundeshaushalt ist zukünftig ein strengerer Maßstab an die Darstellung echter Wirkungsziele mit überprüfbaren Indikatoren zu legen. Die Vorworte der Einzelpläne und die Vorbemerkungen der Kapitel sind regelmäßig auf ihre Aktualität und Aussagekraft hin zu überprüfen. Die Ziele, die mit den veranschlagten Mitteln erreicht werden sollen, sind hinreichend konkret zu beschreiben und soweit wie möglich mit statistischen Daten zu unterlegen (siehe HRB Pkt. 2.2 und 3.2).

22. Personalhaushalt

- 22.1. Für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 wurden insgesamt rund 18.000 neue Planstellen und Stellen (folgend: Stellen) ausgebracht, für das Haushaltsjahr 2020 kamen noch einmal über 6.000 Stellen hinzu. Ein Großteil dieser Stellen dient der Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit und dem Abbau der sogenannten sachgrundlosen Befristungen; es wurden aber auch zahlreiche Stellen ausgebracht, um weitere Ziele des Koalitionsvertrages umsetzen zu können.

Vor diesem Hintergrund kommen zusätzliche neue Stellen für den Haushalt 2021 nur für absolut zwingend notwendige Bereiche in Betracht. Der Bedarf für alle angemeldeten neuen Stellen muss nachgewiesen und gem. Nr. 4.4.1 zu § 17 BHO unter Anwendung angemessener Methoden der Personalbedarfsermittlung sachgerecht und nachvollziehbar begründet sein. Eine Bewilligung neuer Stellen ist nur gegen Kompensation möglich, die Veranschlagung zusätzlicher Personalausgaben für diese Stellen ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Voranschläge zum Personalhaushalt sind unter Einhaltung der vorgenannten Bedingungen **bis spätestens 17. April 2020** (Eingang im BMF) vorzulegen. Die Anmeldungen müssen auf dem Vordruck gemäß **Anhang 8** erfolgen und den Fachreferaten im BMF in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden.

- 22.2. Das Verfahren zur Anmeldung von Behördenleiterfunktionen der Besoldungsordnung B zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2021 gestaltet sich wie folgt:

In der Besoldungsordnung B des Bundesbesoldungsgesetzes wurde bisher die Bewertung aller Leitungsämter und somit die Behördenstruktur der Bundesverwaltung abgebildet. Bei Veränderungen der Wertigkeit eines Amtes bedurfte es einer Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes.

Mit der Neukonzeption der Bundesbesoldungsordnung B zum Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) im Rahmen des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes (BesStMG) ist u. a. vorgesehen, dass Neueinstufungen von Behördenleiterfunktionen nicht mehr durch eine Än-

derung des Bundesbesoldungsgesetzes erfolgen, sondern dass die jeweilige oberste Bundesbehörde das Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) herzustellen hat (§ 18 Abs. 2 BBesG n.F.). Der parlamentarische Kontrollmechanismus besteht auch weiterhin, da der Gesetzgeber im Rahmen der Aufstellung der Haushaltspläne eine entsprechende Planstelle zur Verfügung stellen muss.

Für die Haushaltsaufstellung zum Regierungsentwurf 2021 hat das folgende Konsequenz: Die Veränderung der Wertigkeit einer Planstelle eines Behördenleiters kann bei der Anmeldung nur dann berücksichtigt werden, wenn das jeweilige Ressort nachgewiesen hat, dass BMI und BMF der besoldungsrechtlichen Bewertung zugestimmt haben. Dem Haushaltsgesetzgeber werden auf diese Weise nur bereits besoldungsrechtlich bewertete Vorschläge unterbreitet.

Das nähere Verfahren wird in einem Rundschreiben des BMI gesondert bekanntgegeben werden.

23. Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen

- 23.1. Eine Ausweitung der Zahl der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger kommt grundsätzlich nicht in Betracht. Die Aufnahme eines neuen Zuwendungsempfängers in die institutionelle Förderung ist demnach durch das Ausscheiden eines anderen Zuwendungsempfängers in einem finanziell gleichwertigen Umfang auszugleichen (sog. Omnibusprinzip).
- 23.2. Änderungen von Haushaltsvermerken und Stellenplanänderungen in den Entwürfen der Haushalts- und Wirtschaftspläne gegenüber den geltenden Haushalts- und Wirtschaftsplänen sind bei der Vorlage der haushaltsbegründenden Unterlagen kenntlich zu machen. Die Haushalts- und Wirtschaftspläne des laufenden Haushaltsjahres sind beizufügen. Auf die in dem Rundschreiben vom 2. Dezember 2019 (II A 1 - H 1200/0 :003) zu § 8 Absatz 1 HG genannten Fälle ist hinzuweisen.
- 23.3. Soweit die Stellenpläne der in § 2 des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vom 5. Dezember 2012 genannten Einrichtungen im Bundeshaushalt nicht mehr abgedruckt werden, ist sicherzustellen, dass die Einrichtungen die Stellenübersichten in den Wirtschaftsplänen unverbindlich fortführen. Damit bleibt auch künftig die Stellenentwicklung dieser Einrichtungen, einschließlich der Ist-Besetzung, nachvollziehbar (vgl. Gesetzesbegründung zu § 3 Wissenschaftsfreiheitsgesetz).
- 23.4. Für die Zuschüsse des Bundes zu den Personalausgaben der vom Bund allein und der vom Bund und den Ländern gemeinsam geförderten Zuwendungsempfänger sowie für die Zuschüsse zu den Personalausgaben bei der Erstattung von Verwaltungskosten ist Ziffer 7 anzuwenden.

- 23.5. Bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder für die Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) sind die je Einzelplan für die Zuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel von den betroffenen Ressorts vor den Bedarfsverhandlungen mit dem BMF abzustimmen.
- 23.6. Die Veranschlagungsgrundsätze nach Ziffer 8 für die Beschaffung von nicht personengebundenen Dienstkraftfahrzeugen (**Anhänge 3 und 4**) und von Geschäftszimmerausstattungen (**Anhang 5**) sind für den Bereich der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger sinngemäß anzuwenden.
- 23.7. Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung sind die Richtlinien für den Einsatz der Informationstechnik in der Bundesverwaltung (IT-Richtlinien) vom 18. Dezember 1988 (GMBI 1988 S. 469) entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass
- bei Ausgaben für IT von jährlich mehr als 500 TEUR ein IT-Rahmenkonzept zu erstellen ist und haushaltsbegründende Unterlagen gemäß Ziffer 9 zu übersenden sind,
 - das IT-Rahmenkonzept vom zuständigen Ressort zu prüfen ist.

24. Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“ und „Digitale Infrastruktur“

Für die Aufstellung der Wirtschafts- und Finanzpläne der Sondervermögen folgen gesonderte Rundschreiben.

25. Darstellung der EU-Mittel

Hinsichtlich der Darstellung der EU-Mittel im Bundeshaushalt entsprechend den Beschlüssen des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 2011 (TOP 9) und vom 26. September 2014 (TOP 16) wird erneut auf das BMF-Rundschreiben an die Obersten Bundesbehörden vom 31. August 2011 - II A 1 - H 3045/10/10038; DOK: 2011/0689806 - hingewiesen.

26. Haushalterische Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen

Im Haushalt 2020 sind im Einzelplan 60 für Zwecke des Strukturstärkungsgesetzes Mittel in Höhe von 1 Mrd. € und eine Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeiten für die Jahre 2021 bis 2025 in Höhe von jeweils 200 Mio. € ausgebracht. Diese Mittel und die Verpflichtungsermächtigung stehen für Maßnahmen regionaler Strukturpolitik / Strukturwandel Kohlepolitik der Ressorts zu Verfügung und sind in den entsprechenden Titeln der jeweiligen Einzelpläne zu buchen. Für die Aufstellung des Regierungsentwurfs 2021 und den Finanzplan bis 2024 wird zu gegebener Zeit ein gesondertes Rundschreiben mit konkreten Verfahrenshinweisen zur Umsetzung des Gesetzes bekannt gegeben.

27. Wertgrenze Baumaßnahmen

Aufgrund des Maßgabebeschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 14. November 2019 zur Anhebung der Wertgrenze zur Unterscheidung von kleinen und

großen Baumaßnahmen auf 6 Mio. Euro wird das BMF gemäß § 5 BHO zeitnah eine Anhebung der Wertgrenze veröffentlichen. Die Anhebung wird sich auch auf den Zuwendungsbau erstrecken.

28. Technische Hinweise

- 28.1. Der sog. „Gelbdruck“ (vgl. Nr. 1.2 HRB) wird im Anschluss an die Veröffentlichung dieses Rundschreibens und nach Drucklegung des Haushalts 2020 vom BMF erstellt und durch die jeweiligen BMF-Fachreferate ausschließlich per E-Mail als PDF-Dokument an die Ressorts übersandt.

Im „Gelbdruck“ sind im Wesentlichen nur Änderungen vorzunehmen, die nicht das Dispositiv betreffen; d. h. lediglich Vorwort/Vorbemerkungen, Titelerläuterungen und Wirtschaftspläne und andere Übersichten/Anlagen können geändert werden. Im Einzelfall können auch Änderungen am Dispositiv vorgenommen werden, die zwischen Ressort und BMF unstreitig sind und keiner bilateralen Behandlung bedürfen, so dass sie bereits vor Übersendung der Voranschläge vorgenommen werden können. Die genannten Änderungen sind in dem übersandten Exemplar von Hand einzuarbeiten. Alternativ kann auch ressortseitig ein neues Druckstück, in dem die Änderungen deutlich gekennzeichnet sind, produziert und dem BMF übersandt werden.

Um den Ressorts im Anschluss die Erfassung der Voranschläge auf der dem „Gelbdruck“ entsprechenden Datenbasis zu ermöglichen, werden die BMF-Fachreferate den Ressorts den geänderten Datenbestand im Wege des elektronischen Postaustauschs zur Verfügung stellen.

- 28.2. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass in jeder Phase des Aufstellungsverfahrens die Möglichkeit besteht, selbstständig ein Druckstück (in Form eines Korrektorexemplars) über das Auswertungssystem „Haushalt@Web“ zu erstellen. Das Auswertungssystem finden Sie im Portal der Haushaltsabteilung des BMF unter > Fachverfahren > Haushalt und Finanzplan.
- 28.3. Die Voranschläge zum Haushaltsentwurf 2021 und für die Finanzplanjahre 2022 bis 2024 sind im Dialog (Service-Funktion „Datenaustausch zwischen Ressort- und BMF-Abt. II-Datenbank“/Hauptmenü W) zu übermitteln. Die aktuelle Schnittstellenbeschreibung für den „Datentransfer“ in die Ressort-Datenbank kann im Portal der Haushaltsabteilung (<http://bmfiportal.zivivt.iv.bfinv.de>), dort im „Informationszentrum“ unter „Technisches“, heruntergeladen werden.

Bei ressortseitig eingesetzten IT-Verfahren muss die Richtigkeit der Datenstruktur/Kompatibilität zur Haushaltsdatenbank des BMF sichergestellt sein. Darüber hinaus müssen die elektronisch übermittelten Haushaltsdaten mit den papiermäßigen Voranschlägen übereinstimmen.

In die Voranschläge sind dabei neben den Titeldressen und den Ansätzen im Finanzplanungszeitraum

- Verpflichtungsermächtigungen (VE) sowie
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für die Finanzhilfen (FH)

aufzunehmen.

- 28.4. Die Anzahl der einzureichenden Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan wird gesondert mitgeteilt.

Dem Bundesrechnungshof (BRH) sind je ein Abdruck der Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan zuzuleiten. Unterlagen, die in elektronischer Form vorliegen, sind hierbei nicht gesondert auszudrucken, sondern können dem BRH in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Datenträger) übersandt werden.

Anhang 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/19/10002 :001
Dok: 2019/1001626

Veranschlagung von Gebühreneinnahmen

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung				Soll 2021	Soll 2020	Ist 2019
					- in T € -		
	<u>hiervon anteilig:</u>						
	Rechtsgrundlage (i. d. R. GebührenVO)	Gebührenregelung zuletzt geändert	Änderung geplant (ja/nein)	Kosten- deckungsgrad *)			

*) Angabe des Kostendeckungsgrades bezogen auf die einzelnen Gebühren-/ Entgeltvorschriften. Soweit noch keine entsprechenden Daten der Kosten-/ Leistungsrechnung vorliegen, sind qualifizierte Schätzungen vorzunehmen.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

D. Hinweise zur Tabelle

- Tit. 431 57 und 432 57 (Versorgungsbezüge):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2019 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl. Das Ergebnis künftiger Besoldungsrunden bleibt unberücksichtigt.
- Tit. 434 57 (Versorgungsrücklage):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des rechnerischen Solls 2021 der Versorgungsbezüge (Tit. 431 57 und 432 57) multipliziert mit dem Berechnungsfaktor für die Zuführung an die Versorgungsrücklage von 0,042559052. Bei der Ermittlung des Faktors sind künftige Besoldungsrunden unberücksichtigt geblieben.
- Tit. 446 57 (Beihilfe):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2019 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl und einer Kostensteigerung von 4 % p.a.
- Tit. 443 57 (Fürsorgeleistungen), 453 57 (Trennungsgeld), 632 57 (Abfindungen und Erstattungen des Bundes an Dritte für Versorgungslasten):
Die Herleitung erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben der Vorjahre.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020 wird - voraussichtlich Anfang April 2020- vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.

A. Ansätze 2021
(Tabellenblatt 1)

Anhang 2 b

zu BMF - II A 1 - H 1105/19/10002 :001
Dok: 2019/1001626

Titel	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Empfängerzu- oder -abgang 2020 (Saldo Veränderung; aus Spalte 11 Tabellenblatt 3 "Empfängerentwick- lung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2020	Basis (voraus. Ist 2020) (Sp. 4+6+7)	Empfängerzu- oder -abgang 2021 (Saldo Veränderung; aus Spalte 17 Tabellenblatt 13 "Empfängerentwick- lung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2021	rechn. Soll 2021 (Sp. 8+10+11)	geltender Finanzplan 2021	Ressortan- forderung 2021
				in %	in T€ (Sp. 5 x Sp. 4)			in %	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
431 57					0	0	0		0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger													
432 57					0	0	0		0	0	0		
Versorgungsbezüge													
434 57							0				0		
Versorgungsrücklage													
443 57					0		0		0		0		
Fürsorgeleistungen													
446 57					0	0	0		0	0	0		
Beihilfe													
453 57					0		0		0		0		
Trennungsgeld													
632 57					0		0		0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten													
Summe	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 5 und 9: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 ("Empfängerentwicklung").

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün unterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Versorgungsanpassung 2020:	0,0106
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2020:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2021:	0,0106
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2021:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2020:	0,042559052
Faktor Versorgungsrücklage 2021:	0,042559052

		Empfängerzu- oder -abgang 2022 (Saldo Veränderung; aus Spalte 23 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwick- lung“)		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2022	rechn. Soll 2022 (Sp. 2+4+5)	geltender Finanzplan 2022	Ressort- anforderung 2022	Empfängerzu- oder -abgang 2023 (Saldo Veränderung; aus Spalte 29 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwick- lung“)		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2023	rechn. Soll 2023 (Sp. 6+10+11)	geltender Finanzplan 2023	Ressort- anforderung 2023	Empfängerzu- oder -abgang 2024 (Saldo Veränderung; aus Spalte 35 Tabellenblatt "Empfängerentwick- lung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2024	rechn. Soll 2024 (Sp.12+16+17)	geltender Finanzplan 2024	Ressort- anforderung 2024
Titel	Soll 2021																		
		in T€ (Sp. 5 x Sp. 4)							in T€ (Sp. 6 x Sp. 9)						in T€ (Sp. 12 x Sp. 15)				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
431 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger																			
432 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge																			
434 57					0						0						0		
Versorgungsrücklage																			
443 57			0		0				0		0				0		0		
Fürsorgeleistungen																			
446 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Beihilfe																			
453 57			0		0				0		0				0		0		
Trennungsgeld																			
632 57			0		0				0		0				0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten																			
Summe	0		0	0	0				0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Hinweise:
Spalte 3,9 und 15: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 ("Empfängerentwicklung")

Mit Formeln hinter hellgrün hinterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Versorgungsanpassung 2022:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2022:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2023:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2023:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2024:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2024:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2022-2024:	0,042559052

2020 (Zwischenschritt)											2021						2022						2023						2024					
	Bestand 1.1.2018	Bestand 1.1.2019	Veränderung 2018 auf 2019 in %	Bestand 1.1.2020	Veränderun g ggü. 2019 in %	Ressort- meldung nur Zugänge 2020 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderun g 2020 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderun g 2020 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2021	Ressort- meldung nur Zugänge 2021 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderun g 2021 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderun g 2021 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2022	Ressort- meldung nur Zugänge 2022 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderun g 2022 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderun g 2022 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2023	Ressort- meldung nur Zugänge 2023 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderun g 2023 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderun g 2023 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2024	Ressort- meldung nur Zugänge 2024 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderun g 2024 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderun g 2024 in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
Ruhegehalts- empfänger sowie Witwen und Waisen	95	98	3,16	101	3,06	5	4,95	2	2,95	2,95	104	6	5,77	2	3,77	3,77	108	8	7,41	2	5,41	5,41	114	6	5,28	2	3,28	3,28	117	5	4,26	2	2,26	2,26

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün hinterlegt.

Zum besseren Verständnis sind die Spalten Bestand und Ressortmeldung (Spalten 2,3,5,7,13,19, 25, 31) mit fiktiven Werten ausgefüllt.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2018 (Spalte 5) wird durch das Stat. Bundesamt Anfang April herausgegeben.

Die Spalte "rechnerischer Bestand" greift auf die vorherige Spalte "ggf. manuell korrigierte Veränderung in %" zu.

Bei der "Bestandsabgangsquote" von 2 % handelt es sich um einen Durchschnittswert.

Faktor "Bestandsabgangsquote": 0,02

Ausgaben für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

(Nr. 12.2.1 HRB)

Beschaffungen (Kauf, Miete, Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) sind nur zulässig, wenn hierfür ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht. Vor Ersatzbeschaffungen ist zunächst zu prüfen, ob auf das auszusondernde Fahrzeug ersatzlos verzichtet werden kann oder ob ein kleineres oder schwächeres Fahrzeug ausreicht und wirtschaftlicher ist.

Für die Bundesverwaltung sind schadstoffarme Kraftfahrzeuge mit möglichst geringem Kraftstoffverbrauch sowie einer überdurchschnittlich guten CO₂-Effizienzklasse gemäß Energieverbrauchs-kennzeichnungsverordnung zu beschaffen, deren Motoren mindestens der Abgasnorm **EURO 6d-Temp** entsprechen.

Mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ wurden u. a. auch die Fahrzeugflotten der Bundesressorts als ein geeignetes Einsatzfeld für Elektrofahrzeuge (e-DKfz) identifiziert. Daher sollen die Bundesressorts mit ihren nachgeordneten Bereichen die Einführung von Elektrofahrzeugen am Markt mit entsprechenden Beschaffungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung begleiten. Für 2021 wird als Zielwert angestrebt, dass bis zu zwanzig Prozent der beschafften Neufahrzeuge weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

1. Handelsübliche Dienstkraftfahrzeuge**1. Personengebundene DKfz**

1.1. Personengebundene DKfz stehen in der Bundesverwaltung nur den in §§ 14 und 21 der Richtlinie für die Nutzung von DKfz in der Bundesverwaltung (DKfz-R) vom 29. Juni 1993 (GMBL 1993, 398) in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (GMBL 1997, S. 738) genannten Personen zur Verfügung.

1.2. Zugelassen ist nur die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, die serienmäßig hergestellt werden. „Langversionen“ bleiben grundsätzlich den Bundesministerinnen und Bundesministern vorbehalten, es sei denn, es werden reine Elektro- oder Plug-In-Hybridfahrzeuge beschafft.

Es gelten folgende Preisgrenzen (ohne ggf. funktechnische Ausstattung, Sondersignalanlage und Standheizung):

a) Bundesministerinnen/Bundesminister

bis 65 300€

- | | |
|---|--------------------|
| b) Staatsministerinnen/Staatsminister
Parl. Staatssekretärinnen/Staatssekretäre
Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 11 und
gleichgestellte Personen | bis 60 200€ |
| c) Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 10 und
B 9 (sowie R 10 und R 9) | bis 46 800€ |

2. Nicht personengebundene DKfz

Grundsätzlich sollen nur Kraftfahrzeuge mit einer Leistung von bis zu 190 kW und Kraftfahrzeuge mit Plug-In-Hybrid-Antrieb mit einer Systemleistung von bis zu 350 kW angeschafft werden. Eine Überschreitung dieser Obergrenze ist im Einzelfall allgemein zugelassen, wenn hierdurch der Erwerb eines wirtschaftlicheren Fahrzeuges oder eines Fahrzeuges mit geringerem Kraftstoffverbrauch bzw. geringeren Schadstoffemissionen ermöglicht werden kann (z. B. Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge mit einer zusätzlichen elektromotorischen Leistung).

Für die Beschaffung von handelsüblichen DKfz dürfen nicht mehr als die in **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen veranschlagt werden.

Die Preisobergrenzen dürfen lediglich um die Kosten für den Einbau einer Standheizung um bis zu 1.600 € überschritten werden, wenn der Einbau einer Standheizung dienstlich notwendig ist.

Die Dienststellen ermitteln ihre jeweiligen Mobilitäts- und Transportbedürfnisse und decken diese durch ein bestimmtes - in Größe und Leistung dem sachlichen Bedürfnis entsprechenden - Fahrzeugsegment.

Bei bestehenden Fahrbereitschaften ist zu prüfen, ob aufgrund der Fahrbedürfnisse anstelle der eingesetzten Personenkraftwagen der Einsatz von Transportern (in der Regel Fahrzeuge mit 7 Sitzen + Fahrer) wirtschaftlicher ist.

3. Veranschlagungsbeträge für DKfz (Nr. 12.2.1 HRB-E)

Die in **Anhang 4** genannten Preisobergrenzen schließen die Mehrwertsteuer, Überführungskosten, sowie eine angemessene weitergehende Ausstattung ein. Darüber hinaus dürfen keine weiteren Ausgaben für Sonderausstattungen veranschlagt werden.

Die festgelegten Preisobergrenzen in den jeweiligen Fahrzeugsegmenten, dienen zur Ermittlung des zu veranschlagenden Ausgabebedarfs. Sie umfassen zusätzlich eine angemessene Komfort- und Sicherheitsausstattung, soweit diese nicht bereits serienmäßig

vorhanden ist. Die Beschaffung anderer als in der Veranschlagungspreisliste beispielhaft aufgeführter Fahrzeuge ist möglich.

Bei den in **Anhang 4** dargestellten Fahrzeugsegmenten handelt es sich um „handelsübliche Standardfahrzeuge“. Diese werden durch die für die ressortübergreifende Beschaffung von handelsüblichen Dienstkraftfahrzeugen zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) der Generalzolldirektion im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ vorkonfiguriert zum Abruf zur Verfügung gestellt. Die dort abgebildeten Konfigurationsmöglichkeiten erlauben die Bedarfsdeckung nahezu aller dienstlichen Mobilitätsbedürfnisse.

Die Veranschlagung von DKfz der lfd.-Nr. 6 und 6a von **Anhang 4** ist nur zulässig für die Beschaffung personengebundener DKfz für den unter Nr. 1.2 Bst a) und b) genannten Personenkreis.

Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden. Die zuständige ZBSt wird den Bedarf an e-DKfz im Rahmen einer ressortübergreifenden Bedarfsabfrage ermitteln.

2. Einsatzfahrzeuge

1. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für sondergeschützte DKfz

1.3. Ausgaben für die Beschaffung von sondergeschützten DKfz sind grundsätzlich zentral im Einzelplan 06 zu veranschlagen.

Der Bedarf wird zentral vom Bundeskriminalamt (BKA) ermittelt. Neuer Bedarf ist sofort nach Bekanntwerden über das BMI an das BKA zu melden. Hinsichtlich Ersatzbeschaffungen sondergeschützter DKfz tritt das BKA direkt an die Bedarfsträger heran.

1.4. Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe, sowie Fernmeldegebühren für Autotelefone sondergeschützter DKfz sind in jedem Fall im jeweiligen Epl. zu veranschlagen.

1.5. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten (Reparaturen usw.) sind

- für sondergeschützte DKfz, die den Ressorts vom BKA zur eigenverantwortlichen Nutzung zum Schutz von Personen, die nicht unter § 5 BKA-Gesetz fallen, überlassen werden, im jeweiligen Einzelplan und
- für sondergeschützte DKfz, die vom BKA für unter § 5 BKA-Gesetz fallende Personen eingesetzt werden (sog. BKA-Pool), im Einzelplan 06 auszubringen.

2. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für Einsatzfahrzeuge für Sonderdienste

Einsatzfahrzeuge für Sicherheitsbehörden können auf Grundlage einer aufgabenbezogenen Einsatzkonzeption und daraus abgeleiteter fachlicher Anforderungsprofile entwickelt und ausgestattet werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind nicht in den im **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen enthalten und müssen gesondert veranschlagt werden (z. B. funktechnische Ausrüstung, Sondersignalanlage).

Anhang 4

zu BMF - II A 1 - H 1105/19/10002 :001

Dok: 2019/1001626

Veranschlagungspreise für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr. der Klasse	KBA-Bezeichnung des Fahrzeug-segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motorleistung [kW]	Preisobergrenzen inkl. MwSt [Euro]
1	e-Kleinwagen	<u>Personenkraftwagen</u> mit Elektroantrieb entsprechend Volkswagen e-Up, Renault Zoe, Smart EQ fourfour oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, mind. 2-türig mit Heckklappe elektrische Reichweite von mind. 250 km	bis 130	27.600 €
2	Kleinwagen	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Polo, Opel Corsa, Ford Fiesta oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 80	15.700 €
3	Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Golf Variant, Opel Astra Sports Tourer, Ford Focus Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art , 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 120	21.500 €
3a	Kompaktklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Volkswagen Golf GTE, Mercedes A250 e, Toyota Prius Plug-In oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, elektrische Reichweite von mind. 50 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 170	34.900 €
3b	e-Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> mit Elektroantrieb entsprechend Volkswagen ID 3, Nissan Leaf oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, elektrische Reichweite von mind. 300 km	bis 135	37.000 €
4	Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Passat Variant, Opel Insignia Sports Tourer, Ford Mondeo Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 150	28.800 €
4a	Mittelklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Volkswagen Passat GTE, Mercedes C300 de oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze, elektrische Reichweite von mind. 50 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 230	40.200 €
5	Obere Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A6, BMW 5er, Mercedes-Benz E-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 190	37.700 €
5a	Obere Mittelklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend dem BMW 530 e , Mercedes E300 e oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 4 Sitzplätze, elektrische Reichweite von mind. 50 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 240	46.800 €
6	Oberklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A8, BMW 7er, Mercedes-Benz S-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 4 Sitzplätze	bis 250	54.900 €
6a	Oberklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Audi A8 60 TFSI e, BMW 745 e , Mercedes-Benz	bis 350	60.200 €

lfd. Nr. der Klasse	KBA-Bezeichnung des Fahrzeug-segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motorleistung [kW]	Preisobergrenzen inkl. MwSt [Euro]
		S 560 e oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 4 Sitzplätze, elektrische Reichweite von mind. 40 km, max. 50 g CO ₂ /km.		
7	Geländewagen klein	<u>Personenkraftwagen</u> SUV entsprechend Ford Kuga, Nissan X-Trail oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	31.200 €
7a	Geländewagen klein Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> SUV mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Ford Kuga 2.5 PHEV, Opel Grandland X 1.6 DI Turbo Hybrid4 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze elektrische Reichweite von mind. 40 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 225	42.400 €
8	Geländewagen groß	schwerer <u>Geländewagen</u> entsprechend Toyota Landcruiser, dem Land Rover Discovery oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung; 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 180	47.000 €
8a	e-Geländewagen groß	Personenkraftwagen SUV mit Elektro-Antrieb entsprechend Audi etron oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb; 4 türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze elektrische Reichweite von mind. 320 km	bis 340	60.200 €
9	Geländewagen Pickup	<u>Geländewagen</u> Pickup, Doppelkabine Pritsche, entsprechend Volkswagen Amarok, Ford Ranger, Mitsubishi L200 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art(zGm max. 3,5 t), Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 140	33.300 €
10	Großraum-Van klein	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Opel Zafira, Volkswagen Touran, Ford S-Max oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 120	23.900 €
11	Utilities klein	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Caddy, Opel Combo, Renault Kangoo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 3-türiger Kastenwagen mit Heckklappe	bis 85	22.100 €
11a	e-Utilities klein	Kleintransporter mit Elektroantrieb entsprechend Renault Kangoo Z.E. oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 3-türiger Kastenwagen mit Heckklappe, elektrische Reichweite mind. 160 km	bis 85	28.500 €
12	Utilities mittel	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Transporter, Mercedes-Benz Vito, Ford Transit oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGm max. 3,5t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 8 Sitzplätze	bis 150	35.900 €
12a	Utilities mittel Hybrid	<u>Kleintransporter</u> mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Ford Transit Custom Kombi 1.0 EcoBoost PHEV oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGm max. 3,5t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 8 Sitzplätze elektrische Reichweite von mind. 40 km	bis 150	52.300 €
12b	e-Utilities mittel	<u>Kleintransporter</u> mit Elektroantrieb entsprechend Mercedes-Benz eVito, Nissan e-NV200 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGm max. 3,5t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 7 Sitzplätze elektrische Reichweite mind. 160 km	bis 150	52.300 €

lfd. Nr. der Klasse	KBA- Bezeichnung des Fahrzeug- segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motor- leistung [kW]	Preisober- grenzen inkl. MwSt [Euro]
13	Utilities groß	<u>Transporter</u> Kombi entsprechend Volkswagen Crafter, Mercedes-Benz Sprinter, Citroen Jumper oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGm mind. 3,5t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Hecktüren, bis zu 8 Sitzplätze	bis 150	44.900 €

Höchstpreise für die Ausstattung von Geschäftszimmern der Bundesbediensteten

(ohne IT-Ausstattung)

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Bundesministerinnen/Bundesminister, Staatsministerinnen/Staatsminister, Staatssekretärinnen/Staatssekretäre und ähnliche Beamtinnen/Beamte oberhalb Bes.-Gr. B 9.	je nach Einzelfall
Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen bis zur Bes.-Gr. B 8 abwärts; Generäle, Admirale; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Ministerien; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 9 und B 6.	7.800
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Direktionspräsidentinnen und Direktionspräsidenten bei der Generalzolldirektion; Leiterinnen/Leiter von Mittelbehörden der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Unterabteilungsleiterinnen/Unterabteilungsleiter der Ministerien sowie Generäle in entsprechender Dienststellung; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15, Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 6 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen.	6.800
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden sowie Leiterinnen/Leiter der Bundesmittelbehörden der Bes.-Gr. B 4 bis B 1; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter in Bes.-Gr. B 3 und A 16 bzw. E.-Gr. AT und ATB (nur bei Auslandsvertretungen, deren Leiterinnen/Leiter der Bes.-Gr. B 9 angehören).	5.000

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Ministerien; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesoberbehörden, soweit sie den Bes.-Gr. A 16 und höher angehören; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesmittelbehörden; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. A 14 bzw. E.-Gr. 14 abwärts der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Referatsleiterinnen/Referatsleiter und Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 16 und A 15 bzw. E.-Gr. AT B und 15.	4.200
Referentinnen/Referenten der Ministerien; Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Bundesober- und -mittelbehörden; Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter usw. von Ortsbehörden; Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 14 und A 13 h bzw. E.-Gr. 14 und 13, Kanzlerinnen/Kanzler I. Klasse und Kanzlerinnen/Kanzler als Leiterinnen/Leiter der Verwaltung.	3.800 ¹⁾
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechend zu bewertenden Aufgaben.	3.800
Bedienstete im Registratordienst und in gleich zu bewertender Tätigkeit; Bürosachbearbeiterinnen/Bürosachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechen zu bewertenden Aufgaben; Schreibkräfte	3.200

¹⁾ ggf. Zuschlag für Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter von Ortsbehörden: 500 €

Leitlinien für die IT-Konsolidierung Bund

Am 25. Mai 2015 hat das Bundeskabinett das Grobkonzept zur IT-Konsolidierung Bund beschlossen. Ziel ist es, einen dauerhaft leistungsfähigen, wirtschaftlichen, stabilen und zukunftsfähigen IT-Betrieb in der Bundesverwaltung sicherzustellen. Vorgesehen sind

- die Zusammenführung des IT-Betriebs in wenigen Rechenzentren (Betriebskonsolidierung),
- die Harmonisierung des Angebots an Querschnitts-, Basis- und Infrastrukturdiensten (Dienstekonsolidierung) und
- die Bündelung der IT-Beschaffung in wenigen IT-Beschaffungsstellen (Beschaffungsbündelung).

Am 6. November 2019 hat das Bundeskabinett mit den „Kernaussagen zur Neuaufstellung des Projektes IT-Konsolidierung Bund“ beschlossen, die IT-Konsolidierung Bund ab dem

1. Januar 2020 in zwei eigenständigen Projekten fortzuführen:

- BMF wird die Zuständigkeit für die Betriebskonsolidierung (einschließlich Dienstleisterertüchtigung) übernehmen, die Dienstekonsolidierung und die Beschaffungsbündelung verbleiben in der Zuständigkeit des BMI.
- Das ITZBund wird zentraler Dienstleister und Generalunternehmer für die IT-Konsolidierung der unmittelbaren Bundesverwaltung - ohne die Geschäftsbereiche des AA und des BMVg.
- Die Zentralstelle IT-Beschaffung (ZIB) im Beschaffungsamt des BMI bleibt Dienstleister im Bereich der Beschaffungsbündelung.

Die Umsetzung der IT-Konsolidierung Bund führt zu Aufgabenverlagerungen, die auch die Umsetzung von Haushaltsmitteln und Planstellen/Stellen (im Folgenden: Stellen) erforderlich machen. Darüber hinaus ergeben sich Veränderungen bei Finanzierungszuständigkeiten.

Nachfolgende Regelungen sind zu beachten.

A. Betriebskonsolidierung

Die Ausgaben für die Betriebskonsolidierung und die Dienstleisterertüchtigung während der Projektphase werden ab dem Haushalt 2020 im Projektbudget des BMF (Kap. 0810 Tgr. 04) veranschlagt. Aus diesen Mitteln werden die Durchführung der Behördenprojekte, Unterstützungsmaßnahmen für die Behörden und das ITZBund sowie die weitere Ertüchtigung des ITZBund finanziert.

I. Überführungsphase

1. Grundlage der Aufgabenverlagerung bildet eine Vereinbarung, die auf der Grundlage einer Ressortrahmenvereinbarung zwischen der die Aufgaben übertragenden Behörde (Kundenbehörde) und dem ITZBund abzuschließen ist.
2. Mit der Aufgabenverlagerung von der Kundenbehörde auf das ITZBund sind die bei der Kundenbehörde bislang für diese Aufgabe eingesetzten Haushaltsmittel und Stellen **in Abgang zu stellen**. Die Höhe der in Abgang zu stellenden Haushaltsmittel sowie die Anzahl und Wertigkeiten der in Abgang zu stellenden Stellen sind in die Verwaltungsvereinbarung aufzunehmen. In der Verwaltungsvereinbarung ist außerdem anzugeben, welcher Anteil an den in Abgang zu stellenden Haushaltsmitteln und Stellen nach der Aufgabenübernahme beim ITZBund benötigt wird. Des Weiteren ist in der Verwaltungsvereinbarung anzugeben, welcher Anteil davon nach der Aufgabenabgabe ggf. zusätzlich bei der Kundenbehörde benötigt wird (z. B. für die Wahrnehmung der Auftraggeberaufgaben). Haushaltsmittel und Stellen in diesem Umfang können beim ITZBund bzw. bei der Kundenbehörde neu ausgebracht werden.
3. Durch die Aufgabenverlagerung darf dabei insgesamt kein Mehrbedarf an Haushaltsmitteln und Stellen entstehen, d. h. bei der Kundenbehörde und beim ITZBund **zusammen** dürfen nicht mehr Haushaltsmittel und Stellen für die Aufgabe ausgebracht werden, als vorher bei der Kundenbehörde für diesen Zweck benötigt und - auf Grundlage der Festlegungen in der Verwaltungsvereinbarung - zeitgleich in Abgang gestellt werden. Dies ist bei der Verhandlung der o. a. Vereinbarung zu berücksichtigen. **Ein Mittelaufwuchs bzw. eine Stellenmehrung sind ausgeschlossen.**
4. Haushaltsmittel und Stellen, die das ITZBund bzw. die Kundenbehörde nach der Aufgabenverlagerung benötigen, sind grundsätzlich im Rahmen des jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahrens unter Darlegung des Bedarfs geltend zu machen.
5. Liegt der Zeitpunkt einer Aufgabenverlagerung so, dass eine Geltendmachung von Haushaltsmitteln und Stellen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens nicht realisierbar ist, können diese unter den Voraussetzungen des § 50 BHO im Rahmen der Haushaltsführung umgesetzt werden. Die Umsetzungen werden dann im nachfolgenden Haushaltsaufstellungsverfahren, auch für den Finanzplanungszeitraum, nachvollzogen. Sollte eine Umsetzung gemäß § 50 BHO erforderlich sein, stellt das ITZBund die Anträge im Einvernehmen mit den abgebenden Kundenbehörden gebündelt zum jeweiligen Monatsanfang.
6. **Zur Klarstellung wird auf Folgendes hingewiesen:**
In der zwischen dem ITZBund und der Kundenbehörde im Einzelfall zu schließenden Vereinbarung kann über die bei der Kundenbehörde vorhandenen Haushaltsmittel und Stellen vorbehaltlich der Regelungen des § 50 BHO verfügt werden. Dabei gilt:
 - Für **bestehende** Aufgaben, für die die Zuständigkeit wechselt, darf es keinen Aufwuchs geben.
 - Grundsätzlich können Professionalisierung und damit gegebenenfalls verbundene (qualitativ) **neue** Aufgaben bei einer Einzelfallbetrachtung erhöhten Bedarf begrün-

den, der nicht im Rahmen der vorhandenen Ressourcen ausgeglichen werden kann. Soweit dies beim ITZBund oder den Kundenbehörden der Fall ist, ist dieser Umstand nach den anerkannten Methoden der Personalbedarfsbemessung nachzuweisen, in die jeweilige Vereinbarung zwischen Behörde und ITZBund aufzunehmen und im Einzelfall im üblichen Verfahren der Haushaltsaufstellung zu prüfen. Eine abschließende Festlegung in den Rahmen- oder Detailvereinbarungen zur Betriebskonsolidierung zu Lasten des Haushalts ist nicht möglich.

II. Betriebsphase

Ist der Aufgabenübergang einschließlich der Verlagerung von Haushaltsmitteln und Stellen erfolgt, richtet sich die Aufteilung der Kosten zwischen ITZBund und Kundenbehörde nach den Gemeinsamen Geschäftsbedingungen zur Zusammenarbeit mit dem ITZBund in der jeweils geltenden Fassung (aktuell: Übersicht Nr. 4.3).

In der Übersicht ist auch die Kostentragung für den Fall geregelt, dass neue Fachverfahren entwickelt oder bestehende Fachverfahren weiterentwickelt werden.

B. Beschaffungsbündelung

Die Ausgaben für die Beschaffungsbündelung während der Projektphase sind im Projektbudget des BMI veranschlagt (Kap. 0602 Tgr. 04). Aufgaben im Zusammenhang mit dem Abschluss von Rahmenverträgen hat die ZIB bereits übernommen. Geplant ist, dass die ZIB zusätzlich Aufgaben im Zusammenhang mit Einzelverträgen der Ressorts übernimmt.

I. Überführungsphase

Es gelten die Regelungen zur Betriebskonsolidierung (A.I).

II. Betriebsphase

Soweit Beschaffungsaufgaben auf die ZIB übertragen wurden, trägt die ZIB die Ausgaben für die Beschaffungsmaßnahmen (Ausschreibungen und Abwicklung der Beschaffung). Die beschaffte IT ist von den Kundenbehörden zu bezahlen.

Für IT, die ohne Beteiligung der ZIB beschafft wird, tragen die Behörden sämtliche Ausgaben selbst.

C. Dienstekonsolidierung

Die Ausgaben für die Dienstekonsolidierung während der Projektphase sind grundsätzlich im Projektbudget des BMI veranschlagt (Kap. 0602 Tgr. 04). Die Dienstekonsolidierung betrifft ressortübergreifende Basis-, Querschnitts- und Infrastrukturdienste (BQI-Dienste). Bestehende BQI-Dienste sollen vereinheitlicht und neue BQI-Dienste zur gemeinsamen Nutzung entwickelt werden. Die nachstehende Verteilung der Kostentragung gilt zunächst nur für das Haushaltsaufstellungsverfahren 2021. Über das endgültige Finanzierungsmodell soll im Fein-

konzept zur Nachfragemanagementorganisation entschieden werden.

I. Projektphase (Entwicklung, Pilotierung und „Rollout“)

Aus dem Projektbudget des BMI werden die Ausgaben für folgende Zwecke finanziert:

- die (Weiter-)Entwicklung einschl. Pilotierung von BQI-Diensten und alle dazugehörigen Soft- und Hardwarekomponenten (Entwicklungsumgebung, Testumgebung und Produktionsumgebung),
- die *allgemeinen* Nutzungskosten (clientseitige Software einschl. Lizenzkosten),
- der „Fachliche Service Desk“ (Anlaufstelle für alle fachlichen Anfragen, z. B. Ansprechpartner bei fachlichen Fragen grundsätzlicher Natur oder im Fehlerfall),
- die Konzeption und Durchführung von Schulungen,
- alle im Rollout anfallenden Kosten (z. B. *Standard*einführung/Migration, Aufwuchs von Software und Hardware einschl. Lizenzkosten) sowie
- den laufenden Betrieb der Rechenzentren während der Projektphase (Wartung und Pflege, Hard- und Software zum Betrieb einschl. Lizenzkosten zum Betrieb).

Die Ausgaben für den Aufwuchs und den Betrieb der Basisinfrastruktur (Flächen der Rechenzentren, Klima, Strom einschl. unterbrechungsfreie Stromversorgung, Netzwerkbedarfe) werden bereits während der Projektphase vom ITZBund (Kap. 0816) finanziert.

Von der Projektfinanzierung ***ausgenommen*** und von den Kundenressorts zu finanzieren sind:

- Ausgaben für die fachliche Administration (z. B. Rechte- und Rollenverwaltung, Nutzerverwaltung),
- behördenspezifische Nutzungskosten (z. B. Netzkosten, Verbindungsentgelte und Endgeräte der Behörden) sowie
- Ausgaben für behördenspezifische Erweiterungen und eine behördenspezifische Einführung/Migration.

II. Wirkbetrieb (bei der Behörde)

Vom ITZBund zu finanzieren sind die Ausgaben für:

- den laufenden Betrieb der Rechenzentren (Wartung und Pflege, Hard- und Software zum Betrieb einschl. Lizenzkosten zum Betrieb),
- den „Technischen Service Desk“ (Anlaufstelle für alle technischen Anfragen, z. B. bei technischen Problemen) sowie
- den Betrieb und den weiteren Aufwuchs der Basisinfrastruktur (Flächen der Rechenzentren, Klima, Strom einschl. unterbrechungsfreie Stromversorgung, Netzwerkbedarfe).

Von den Kundenressorts zu tragen sind:

- die *allgemeinen* Nutzungskosten (clientseitige Software einschl. Lizenzkosten),
- die *behördenspezifischen* Nutzungskosten (z. B. Netzkosten, Verbindungsentgelte und Endgeräte der Behörden),
- (weiterhin) die Ausgaben für die fachliche Administration sowie

- die Ausgaben für die Durchführung von Schulungen.

Das BMI trägt (weiterhin) die Kosten für den „Fachlichen Service Desk“.

Ergänzender Hinweis:

Von den Ausgaben für die Dienstekonsolidierung (ressortübergreifende BQI-Dienste) zu unterscheiden sind Ausgaben für *behördenspezifische Fachverfahren*. Diese sind nicht Teil des Projekts IT-Konsolidierung. Die Ausgaben hierfür werden nach den Gemeinsamen Geschäftsbedingungen zur Zusammenarbeit mit dem ITZBund in der jeweils geltenden Fassung (aktuell: Übersicht Nr. 4.3) zwischen ITZBund und Kundenbehörde aufgeteilt.

Übersichten - Teil X

ÖPP-Projekte

Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)

(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)

Nachrichtlich: ÖPP-Projekte der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

(Vorhaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sind nicht im Bundeshaushalt veranschlagt)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf				Laufzeit (Vertrags- ende)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)
			Voraus- gabt bis 2019	Bewilligt 2020	Veran- schlagt 2021	Folgejahre (insge- samt) 2022 ff.		
		Mio. €					Jahr(e)	Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	ÖPP-Projekte I. Hochbau a) laufende Maßnahmen b) neue Maßnahmen II. Tiefbau a) laufende Maßnahmen b) neue Maßnahmen III. Sonstige a) laufende Maßnahmen b) neue Maßnahmen							
Summe								
	Nachrichtlich: ÖPP-Projekte der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Projekt 1 Projekt 2							

Differenzen durch Rundung möglich

Ausfüllhinweise:

Zu Spalte 2: ÖPP-Projekte:Zweckbestimmung (ggf. Kurzfassung),
a) laufende Maßnahme und
b) neue Maßnahme, soweit veranschlagt

Zu Spalte 2: Nachrichtlich:.....Projektbenennung

Zu Spalten 3 bis 7: Nachrichtlich:Projektsummen aus ÖPP-Vertrag

Zu Spalte 8:Maßgebend ist grundsätzlich die längste Laufzeit

Personalanmeldung zum Haushaltsentwurf 2021

Inhaltliche Erläuterungen

Zunächst sind alle Forderungen aufzunehmen, die materielle Veränderungen im jeweiligen Epl. zur Folge haben (spätere Abbildung in Personalliste B):

- Neue Planstellen/Stellen
- Neue Planstellen/Stellen mit Vermerk kw oder ku
- Wegfall von Planstellen/Stellen
- Neue ku-/kw-Vermerke (+); Wegfall von Vermerken (-)
- Wegfall von Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
- Gewährung von Zulagen A 13 g+Z gem. § 20 Abs. 4 HG 2020 (Darstellung als Hebungen von Planstellen A 13 g nach A 13 g+Z)
- Forderungen nach weiteren Gewährungen von Zulagen A 13 g+Z gem. BesStMG bzw. § 17a BHO in 2021 (Darstellung als Hebungen von Planstellen A 13 g nach A 13 g+Z)
- Hebungen von Planstellen für Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten gem. § 20 Abs. 5 HG 2020
- sonstige Hebungen/Absenkungen

Darüber hinaus sind folgende Veränderungen aufzunehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Grundlage erfolgen, sondern verhandelt werden müssen:

- Umsetzungen, insbesondere vom nachgeordneten Bereich in oberste Bundesbehörden
- Umwandlungen von Planstellen/Stellen, soweit nicht von haushaltsgesetzlichen Regelungen erfasst
- Ausbringung und Anpassung von Leerstellen, soweit nicht von haushaltsgesetzlichen Regelungen erfasst

Nachrichtlich aufzuführen sind Veränderungen, die bereits im Haushaltsvollzug bewilligt wurden, aber materielle Änderungen im jeweiligen Epl. zur Folge haben (dabei ist die jeweilige Bewilligung bzw. gesetzl. Grundlage mit anzugeben, spätere Abbildung in Personalliste A):

- Ausbringung von Planstellen für Überhangpersonal gem. haushaltsgesetzlicher Regelung
- Umsetzung von Planstellen/Stellen aufgrund Aufgabenübergangs gem. § 50 BHO

Nicht aufzunehmen sind rein technische Stellenplanveränderungen, die aufgrund gesetzlicher Grundlage erfolgen:

- Wirksamwerden von kw- oder ku-Vermerken, z.B. aufgrund zeitlichen Ablaufs
- Ausbringung von Leerstellen, Ersatzplanstellen bzw. Ersatzstellen aufgrund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung
- durch Tarifrecht begründete Hebungen (z.B. E 9 b nach E 9 c)

Haushaltsbegründende Unterlagen zu den angemeldeten Stellenplanveränderungen:

- Die Unterlagen sind formlos als gesonderte Anlage für das Fachreferat beizufügen (Art der Übermittlung und ggf. Anzahl von Ausfertigungen sind mit dem Fachreferat direkt abzustimmen)
- Zwingend erforderlich ist die Bestätigung des nachgewiesenen Personalbedarfs und die Erläuterung der angewandten Methoden zur Personalbedarfsermittlung
- Sofern Ausgaben gefordert werden, ist die Berechnung der Ausgaben ebenfalls beizufügen

Für Zuwendungsempfänger sind die oben genannten Erläuterungen ebenso anzuwenden, die Maßnahmen werden später in Personalliste Z abgebildet

Erläuterungen zur Darstellung

- Für oberste Bundesbehörden, nachgeordneten Bereich und Zuwendungsempfänger sind einzelne Tabellenblätter vorgesehen
- Bitte verändern Sie nicht die Anzahl und Anordnung der einzelnen Spalten
- In der Spalte Anzahl ist ein Zahlenformat voreingestellt. Wenn Sie z.B. "+2,0" oder "-2,0" eingeben, wird dies auch so dargestellt, negative Zahlen erscheinen dabei in rot
- In der Spalte Anzahl ist je Zeile nur eine Angabe zu machen
- Falls der Platz in der Spalte Bemerkungen nicht ausreicht, ist hier ein Zeilenumbruch vorgesehen
- Die Überschriften sind als Wiederholungszeilen formatiert, Seitenumbrüche brauchen nicht gesetzt werden
- Bitte grenzen Sie die einzelnen Maßnahmenblöcke durch Striche voneinander ab (siehe Beispiele)
- Bei Zuwendungsempfängern ist zusätzlich zum Kapitel der Titel im Bundeshaushalt anzugeben, außerdem ggf. die lfd. Nr. des ZE

Zu folgenden Veränderungen sind in der Spalte Anzahl kapitelweise Summen zu bilden:

- Neue Planstellen/Stellen, (N), Neue Planstellen/Stellen mit kw- bzw. ku-Vermerken (N/kw, N/ku)
- Wegfall von Planstellen/Stellen (W), Wegfall von Planstellen/Stellen mit kw- bzw. ku-Vermerken (W/kw, W/ku)
- Gewährung von Zulagen A 13 g+Z gem. § 20 Abs. 4 HG 2020
- Forderungen nach weiteren Gewährungen von Zulagen A 13 g+Z gem. BesStMG bzw. § 17a BHO in 2021

Beispiele

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen	
	Art	Anzahl	Bes./E.- Gr.		
1812 (BMXX)	N	+ 2,0	A 14		Fachaufsicht über Digitalagentur
	W	- 1,0	A 13 g		Archivdienst, Ausgleich für o.g. Stellen
		- 1,0	A 11		"
		- 0,5	E 12		"
	N	+ 2,0	A 8		Übernahme von Überhangpersonal des BEV gem. § 16 HG
	N/ku	+ 3,5	A 9 m		Neue Planstellen mit Vermerk ku in Entgeltgruppe E 9 b mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/innen (Übernahme von Überhangpersonal)
	W	- 2,5	E 9 b		Ausgleich für o.g. Planstellen
		- 1,0	E 7		
	kw	- 1,0	A 12		Wegfall des Vermerks kw 31.12.2022 Arbeitsassistent (Daueraufgabe, PBE siehe haushaltsbegründende Unterlagen)
	ku	+ 5,0	A 12		Neuer Vermerk ku in Bes.-Gr. A 11 mit Ausscheiden der Planstelleninhaber/-innen, Einhaltung der Stellenobergrenzen
	H	+ 10,0	A 13 g+Z		In 2020 werden gem. § 20 Abs. 4 HG 2020 für bis zu 10 % der vorhandenen Planstellen A 13 g Zulagen für herausgehobene Funktionen gewährt. Die Mehrausgaben werden im Epl. erwirtschaftet.
		- 10,0	A 13 g		

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert					Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.- Gr.			
noch Kap. 1812	H	+ 10,0	A 13 g+Z			In 2021 sollen gem. § 17a BHO für weitere 10 % der vorhandenen Planstellen A 13 g Zulagen für herausgehobene Funktionen gewährt werden. Die Mehrausgaben werden im Epl. erwirtschaftet.
		- 10,0	A 13 g			
	Us	+ 1,0	A 14			Umsetzung aus Kap. 1814 (Einrichtung einer zentralen Pressestelle im Ministerium)
	L	+ 1,0	B 3			Stiftung XY
Summen:	N	+ 4,0				
	N/ku	+ 3,5				
	W	- 6,0				
	H	+ 10,0				Vollzugsregelung A 13 g+Z
	H	+ 10,0				A 13g+Z neu beantragt
1814	N/kw	+ 1,0	A 14			Neue Planstellen/Stellen mit Vermerk kw 31.12.2023 (Digitalisierung des Datenarchivs); Stellen werden wegen Fortdauer des Digitalisierungsprojekts über den ursprünglich geplanten Zeitraum hinaus weiter benötigt.
(BAxx)		+ 1,0	A 13 h			
		+ 2,0	A 11			
		+ 1,0	E 9 a			
	W/kw	- 1,0	A 14			Wegfall von Planstellen/Stellen mit Vermerk kw 31.12.2021 (Digitalisierung des Datenarchivs)
		- 1,0	A 13 h			
		- 2,0	A 11			
		- 1,0	E 9 a			
	H	+ 1,0	B 4			Die Planstelle des Vizepräsidenten wurde gem. § 20 Abs. 5 HG 2020 von B 3 nach B 4 gehoben, da der Präsident des Digitalamtes mit B 7 eingestuft ist. Die Mehrausgaben werden im Epl. eingespart.
		- 1,0	B 3			
	Us	- 1,0	A 14			Umsetzung in das Ministerium (Einrichtung einer zentralen Pressestelle)
	Uw	+ 10,0	A 12			Verbeamtungskonzept zur Attraktivitätssteigerung; die Mehrausgaben werden im Epl. eingespart
		- 10,0	E 12			
Summen:	N/kw	+ 5,0				
	W/kw	- 5,0				

Verwendung der Abkürzungen in der Spalte "Art" (der Maßnahme)**Bitte führen Sie die Maßnahmen in der Reihenfolge der nachstehenden Liste auf!**

N	Neue Planstellen/Stellen
N/kw	Neue Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
N/ku	Neue Planstellen/Stellen mit Vermerk ku
W	Wegfall von Planstellen/Stellen
W/kw	Wegfall von Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
W/ku	Wegfall von Planstellen/Stellen mit Vermerk ku
Us	Umsetzungen von Planstellen/Stellen
Us/kw	Umsetzungen von Planstellen/Stellen mit Vermerk kw
Us/ku	Umsetzungen von Planstellen/Stellen mit Vermerk ku
Uw	Umwandlungen
H	Hebungen
A	Absenkungen
kw	Aufnahme neuer Vermerke kw / Wegfall von Vermerken kw
ku	Aufnahme neuer Vermerke ku / Wegfall von Vermerken ku
L	Neue Leerstellen
La	Leerstellenanpassungen
LUs	Umsetzung von Leerstellen

Personalanmeldung zum Haushaltsentwurf 2021 - Oberste Bundesbehörden

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.- Gr.	Anzahl	Bes./E.- Gr.	

Personalanmeldung zum Haushaltsentwurf 2021 - Nachgeordneter Bereich

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.- Gr.	Anzahl	Bes./E.- Gr.	

Personalanmeldung zum Haushaltsentwurf 2021 - Zuwendungsempfänger

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.- Gr.	Anzahl	Bes./E.- Gr.	

Dokumentation der Sonderabgaben im Haushaltsplan 2021

In seinem Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99) hat das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beigelegten Anlage gefordert. Das Bundesverfassungsgericht begründet diese Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, ab dem Jahr 2005 alle nicht steuerlichen Abgaben, die weder Gebühr noch Beitrag sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“ (BVerfG, Beschluss vom 17. Juli 2003 -2 BvL 1/99-, juris Rn. 126) in den Haushalt aufzunehmen. Es soll sich um eine erschöpfende Aufzählung aller Sonderabgaben im Verantwortungsbereich des Bundesgesetzgebers handeln, unter Berücksichtigung der Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen (unter Einschluss auch solcher Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Haushalt dokumentiert sind). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang sollen sichtbar gemacht werden. Ob die eigenen Behörden des Bundes oder z. B. Länder- oder Kommunalbehörden die Abgabe vereinnahmen, ist unerheblich.

Mit der Übersicht VII zum Bundeshaushalt 2005 wurde diese Verpflichtung erstmals umgesetzt und in den Folgejahren fortgeschrieben. Dabei ist zu beachten, dass die Nennung der Abgabe diese nicht rechtlich als Sonderabgabe qualifiziert. Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht zu werden, sind vielmehr auch solche Abgaben vorsorglich aufgenommen worden, bei denen die Klassifizierung als Sonderabgabe in Betracht kommt, aber nicht zwingend ist. Die Nennung der Abgabe erfolgt auch unabhängig davon, ob die Abgabe im Haushaltsplan bereits enthalten ist.

Ich bitte um Überarbeitung bzw. Ergänzung der Übersicht und weise auf Folgendes hin:

- Die Abgrenzung, ob im konkreten Fall eine Sonderabgabe vorliegt, ist nicht an der Bezeichnung der Abgabe (z. B. Gebühr, Beitrag, Abgabe, Umlage, Eigenanteil, Kostenerstattung) zu orientieren, sondern an der Verfassungsrechtsprechung zu dieser Abgabenart.

- **Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann dieses Versäumnis nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist.** Wegen dieser Konsequenz weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob es sich bei einer Abgabe um eine Sonderabgabe handelt und sie in die Anlage aufzunehmen ist, in der Verantwortung des jeweiligen Fachressorts liegt.
- Soweit eine Sonderabgabe aufgrund Landesrechts erhoben wird, die Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsnorm jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird die Sonderabgabe nur in dem entsprechenden Landeshaushalt aufgeführt.
- Sonderabgaben, bei denen der Rechtsgrund durch Bundesrecht begründet ist, eine weitere Umsetzung durch Landesrecht nicht erfolgt, die Abgabe jedoch von den Ländern erhoben wird, werden in das Bestandsverzeichnis des Bundes aufgenommen.

Anhang 10

zu BMF - II A 1 - H 1105/19/10002 :001
Dok: 2019/1001626

Darstellung von EU-Einnahmen und korrespondierenden Ausgaben

Kap. /Tit.	Zweck/Maßnahme	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Voraus- sichtliche Einnahmen und Ausgaben 2020	Voraus- sichtliche Einnahmen und Ausgaben 2021
	Einnahmen					
XX XX xxx xx	Einnahmen aus Zuschüssen der EU					
	Ausgaben (nur durch die vorstehenden Titel verstärkten Ausgaben)					
XX XX xxx xx	Ausgabetitel					

Berichterstattung über nationale Förderprogramme im Bereich Klima/Energie, die direkt oder indirekt auf die Einsparung von CO₂ abzielen

Name des Förderprogramms							
Ressort		<i>Name Ressort</i>					
Finanziert aus		Einzelplan / Kapitel / Titel					
Zweckbestimmung des Titels							
		Haushaltsvoranschläge					
		Ist	Soll	RegE	Finanzplan		
		2019	2020	2021	2022	2023	2024
		in Tausend €					
Titelansatz Gesamt							
davon Ansatz für Förderprogramm (AUS-Betrag) ¹							
VE-Bindung Gesamt							
davon VE-Bindung für Förderprogramm (AUS-Betrag) ¹							
1.	Beginn des Programms	<i>Monat / Jahr</i>					
2.	Befristung des Programms bis	<i>Monat / Jahr</i>					
3.	Konkrete Programmziele, welche Wirkungen sollen erzielt werden?	<i>Welche Indikatoren, geplante Zielgrößen, Quantifizierte Programmziele (z.B. THG-Einsparung, Endenergieeinsparung) sind festgelegt.</i>					
4.	Letzte Evaluierung	<i>Monat / Jahr der Fertigstellung des Abschlussberichts</i>					
5.	Nächste Evaluierung	<i>Monat/Jahr</i>					
6.	Ergebnisse der Evaluierung, ggf. untergliedert nach Förderbereichen und Adressaten	<i>Kurze Erläuterung</i>					
7.	Fördereffizienz je Förderjahr	<i>Je Förderjahr: Mitteleinsatz bzw.-bedarf je eingesparter Tonne CO₂ (CO₂-Äquivalent) unter Berücksichtigung der Projektträgerkosten Bitte Datenquelle benennen, z. B. Soll- oder Ist-Werte</i>					
8.	Durchschnittliche Förderquoten in %	<i>Bitte Datenquelle benennen! Angabe in %</i>					
9.	Bei größeren investiven Maßnahmen ² : <ul style="list-style-type: none"> Erfolgt die Vergabe der Fördermittel im Wettbewerbsverfahren oder Existiert eine Pflicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung pro Einzelmaßnahme zur Identifikation und Auswahl der Projekte mit der höchsten Fördereffizienz? 	<i>Ja / Nein Bitte kurz beschreiben.</i>					

¹ Muss nicht ausgefüllt werden, wenn der Haushaltstitel ausschließlich zur Finanzierung des Förderprogramms ausgebracht wurde.

² Aus dem Förderprogramm geförderte Einzelmaßnahmen ab 50 T€ Investitionsvolumen

Übersicht über die Maßnahmen der Gemeinsamen IT des Bundes
Haushaltsmittelbedarf für die Entwicklung und Einführung (Rollout) der IT-Maßnahmen (Kap. 0602 Tgr. 04)

Projekt- nummer	Kurzbezeichnung des Projekts	2020	2021	2022	2023	2024	Wibe*	Status**	Kategorie***
		<i>Mittelbedarf in T€</i>							
3	Neue IT-Maßnahmen der Gemeinsamen IT des Bundes								
3.1									
...									
4	Bestehende IT-Maßnahmen der Gemeinsamen IT des Bundes								
	Domäne Elektronische Verwaltungsarbeit								
4.1									
...									
	Domäne Enterprise Resource Planning								
	Domäne E-Infrastrukturdienste								
	Domäne E-Government								
	Gesamtsumme								

* x=Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gem. § 7 BHO liegt vor, die Maßnahme ist wirtschaftlich

** 1=in Planung, 2=im Vergabeverfahren , 3=im Versuchsbetrieb, 4=Überführung in den Regelbetrieb begonnen, 5=Überführung in den Regelbetrieb beendet

*** Kategorie im Sinne des Beschlusses Nr. 2019/04 des IT-Rats